

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigepaltene Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — „Elemente.“ — Die Lohnbewegung in Laß i. B. — Das Ende der Hamburger Tarifbewegung. — Aus Breslau. — Korrespondenzen (Augsburg, Breslau, Dresden, Hannover, Karlsruhe, Kaufbeuren, Plauen i. V., Stettin). — Rundschau. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Erzer. Vorj. ist: Alf. Engel, Maarstr. 4.
Karlsruhe. Vorj. ist: Friedr. Siegel, Wielandstr. 16.

Kaufbeuren. Vorj. ist: Joseph Burger, Restaurant zum Bad Nr. 14.

Chemnitz. Vorj. ist: Reinhold Lindner, Waldenburgerstr. 57.

Freiburg i. Br. Vorj. ist: G. Meier, Kaiserstraße 25a. Kassierer: Anton Klotz, Kaiserstraße 86.

Augsburg. Vorj. ist: Hans Schiff. — Kassierer: Jos. Lubesch, beide: Straße 25 Nr. 9.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede; Vorsitzende.

„Elemente“.

I.

Die erfreuliche Tatsache, daß die Einführung des deutschen Hilfsarbeitertarifes sich verhältnismäßig rasch vollzieht und der Widerstand einiger Prinzipalsvereinigungen durch die Kraft der Organisation in kurzer Zeit gebrochen wurde, beweist uns, welche Macht dem Tarifgedanken innewohnt. Daß der Abschluß des Tarifes von Bedeutung für das ganze Gewerbe ist, wurde in voriger Nummer von anderer Seite festgestellt und bewiesen. Auch wir sind der Meinung und haben verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, daß die tarifliche Bestimmung nicht allein das Arbeitsverhältnis der Hilfsarbeiter regeln, sondern auch ihren Einfluß auf die gelehrten Mitarbeiter im Verufe ausüben werden. Das Ineinandergreifen der Funktionen der gelehrten und ungelerten Buchdruckerei-arbeiter läßt eine genaue Abgrenzung des Tätigkeitsfeldes nicht zu und Bestimmungen, wie sie der deutsche Buchdruckertarif für Drucker und Maschinenmeister enthält, in denen alle Arbeiten, die diese zu verrichten haben, fixiert sind, können die Probe auf ihre Anwendbarkeit im praktischen Leben einfach nicht bestehen. Dort wo man bis jetzt Versuche unternahm, diese Neuerungen zur Einführung zu bringen, hat sich immer herausgestellt, daß sie den erhofften praktischen Wert nicht besitzen, aber den Erfolg zeitigen, ungezählte Hilfsarbeiterexistenzen zu schädigen, weil sie nur durch Anwendung rücksichtsloser Härten gegen die Hilfsarbeiter zur Durchführung kommen. Es wurde nun von uns erwartet, nachdem eine Verständigung beider Organisationen an dem Widerstand der Maschinenmeister scheiterte, daß unser Tarifverhältnis dazu beitragen wird, jenes unheimliche gespannte Verhältnis aus der Welt zu schaffen, welches dadurch entstand, und heute leider noch besteht, weil einer Gruppe graphischer Arbeiter von ihren gelehrten Mitarbeitern systematisch das Recht aberkannt wird, über ihre Arbeitsbedingungen und ihre Bewegungsfreiheit selbst bestimmen

zu dürfen. Leider scheinen unsere Erwartungen sich nicht zu verwirklichen.

Wie immer, wenn wir Äußerungen oder direkte Aktionen der Buchdrucker, die ihre Spitze gegen die Hilfsarbeiter oder deren Organisation richteten, zur Kenntnis unserer Mitglieder brachten und daran eventuell irgend eine kritische Bemerkung knüpfen, da war das Geschrei über die „größten wahnwitzigen“ Hilfsarbeiter groß. Wie können sich diese unterziehen, die Handlungen von Buchdruckern zu kritisieren. Ja, selbst Leute, die sich der schäblichsten Machinationen bei Ausständen von Hilfsarbeitern schuldig machten und bewußt gegen ihre gewerkschaftlichen Pflichten verstießen, waren des Schutzes gegen den leisesten Angriff von unserer Seite sicher. Daß wir uns nicht beirren ließen, immer und an jedem Ort das zu sagen, was wahr ist und wie wir darüber denken, ist eine Selbstverständlichkeit, die aber ein Teil von Buchdruckern abfolnt nicht übertragen kann. Als Beweis dafür, daß sowohl unserer Tarifbewegung keinerlei Verständnis von manchen Gehilfenvereinigungen entgegengebracht wird, jedoch die alte Empfindlichkeit gegen jede selbständige Bewegung unsererseits noch besteht, können wir die Nr. 57 des „Corr.“ vom 16. Mai anführen. In unserer vorletzten Nummer druckten wir einen Teil eines Karlsruher Situationsberichtes ab und knüpfen daran einige Bemerkungen, welche den Zweck hatten, die Ausschneidereien des Berichterstatters ins rechte Licht zu rücken. Diese Bemerkungen übten scheinbar eine jurchtbare Wirkung auf die Karlsruher Maschinenmeister aus, denn sie brauchten nahezu vier Wochen, um sich von diesem Nippenstoß zu erholen und ihre Sprache wiederzugewinnen. Natürlich muß vorerst das gedeihliche Zusammenarbeiten zwischen Maschinenmeister und Hilfspersonal erhalten, welches durch die Hilfsarbeiterorganisation gestört wird — wenn wir das sind beim rechten Namen nennen. Daß unsere Bemerkungen als „Schimpfepistel“ bezeichnet wurden, wundert uns weiter nicht, denn dem Schreiber der Erwiderung mangelt offensichtlich der Begriff für diese Bezeichnung, sonst hätte er nicht so unheimlich geschimpft. Allerdings, der Redaktion des „Corr.“ ist das Gebotene noch zu wenig, wie sie in einer Ummerkung konstatiert. Es wäre lächerlich, den Vorwurf des „Vorgefextentoller“, der uns gemacht wird, zurückzuweisen, weil er so wunderhübsch wo anders hin paßt; jedoch, etwas müssen wir niedriger hängen, um die Anschauungen der „aufrichtigen Gewerkschaftler“ von Karlsruhe ins rechte Licht zu rücken. Es heißt nämlich, nachdem ein Straßburger Verammlungsbericht angezogen wird, in welchem Kollege Schmid das Verhalten der Karlsruher Maschinenmeister lobt:

„Wir bilden uns zwar auf dieses Lob nichts Besondere ein und erwähnen es nur, weil in diesem Zusammenhange der Beweis zu finden ist, daß in ihrem Siegestaumel über die Knalleffete der „Freibeuterzüge“ bei Hempel, Haasenhein & Vogler usw. die Redaktion der „Solidarität“ nicht nur vergessen hat, zu berücksichtigen, daß Berlin nicht Karlsruhe und interne Vorkommnisse unserem Berichterstatter ein gewisses Recht zu seinen Ausführungen gaben, sondern daß auch mit ihrer schönen Notiz demonstriert wird, daß tatsächlich etwas mehr als die gewerkschaftliche Pflicht dazu gehört, um für Elemente seine Existenz in die Wag-

schale zu werfen, welche in ihrem Größenwahn sogar ihre natürlichen Bundesgenossen niedertrampeln möchten.“

Also, das heißt, wenn wir dieses Durcheinander zerlegen wollen, daß zwar die Redaktion der „Solidarität“ Recht hatte, wenn sie damals behauptete, der Herr Berichterstatter kennt die angezogenen Fälle nicht — aber nichts desto weniger werden unsere berechtigten Interessenkämpfe, in denen wir durch die Stellung der Buchdrucker unterliegen müssen — „Freibeuterzüge“ genannt! Mehr kann man wirklich von „aufrichtigen Gewerkschaftlern“ nicht verlangen. Am aufrichtigsten ist allerdings das Erkenntnis, daß mehr als nur die gewerkschaftliche Pflicht dazu gehört, um für „Elemente“, wie wir ungelernete Arbeiter es sind, so viel Mut aufzubringen, sich bei unseren Lohnkämpfen neutral zu verhalten.

Welche Begriffe über den Hilfsarbeiter sind in den Gedankenkästen mancher „qualifizierter“ Arbeiter breitmachen und wie sie zu der schönen Bezeichnung „Elemente“ kommen, zeigt eine Rede, die „der in der Hilfsarbeiterfrage bekannte“ Maschinenmeister Engel am 4. Mai in Würzburg hielt. Diesen, unseren alten Freund aus Berlin, scheinen die Vorbeeren, die er sich in der Bekämpfung der Hilfsarbeiterinteressen geholt hat, noch nicht zu befriedigen. Nachdem er sich ein Weilchen verschaukeln mußte, beginnt er wieder seine ihm so lieb gewordene Tätigkeit. Dem „Korrespondent“ zufolge debitierte er in der Rolle des Kenners der Hilfsarbeiterverhältnisse und erklärte:

„So seien in der Provinz die weiblichen Hilfsarbeiterinnen überwiegend, die aber diese ihre Beschäftigung keineswegs als Lebenslauf, sondern nur vorübergehend betrachten, was wieder zur Folge habe, daß keine eigentliche Berufstreue bei ihnen aufkommt. Anders in den Großstädten. Hier sind zumeist die Männlichen Schiffbrüchige aus allen Gewerben.“

Es fehlt bloß noch die gewohnte Bezeichnung: „Seifenfieber“, „Fensterputzer“ und „Toppstricker“, dann wäre das Bild von uns fertig.

Wir können aber hier erklären, daß Herr Engel mit seinen Ausführungen bewiesen hat, die Hilfsarbeiterfrage noch lange nicht erfaßt zu haben. Es ist nicht wahr, daß sich heute noch die männlichen Hilfskräfte gerade in den Großstädten aus Schiffbrüchigen anderer Berufe rekrutieren, weil dies die Entwicklung der Maschinentechnik einerseits und die Organisationsverhältnisse andererseits nicht zulassen. Dies müßte Herr Engel doch schon begriffen haben — vorausgesetzt, daß es ihm nicht allein darum zu tun ist, seine Kollegen gegen das Hilfspersonal zu verhetzen und beizutragen, daß dieselben von Elementen sprechen und schreiben können.

Wir sind nicht in der Lage, in einem Artikel das ganze Verhältnis, welches durch die angeführten „Korrespondent“-Notizen aufgerollt wurde, eingehender zu würdigen. Wir wissen auch, daß das Geschrei über unsere Unzulässigkeit wieder losgehen wird, aber unbekümmert darum werden wir gegen jeden Angriff, von welcher Seite er kommen mag, Stellung nehmen. So bedauerlich solche Auseinandersetzungen unter zwei verschiedenen Arbeitergruppen sind, ebensowenig lassen wir uns zu stummen Stunden begrabieren.

Die Lohnbewegung in Lahr i. B.

So imponierend auf den Fremden die herrliche Lage Lahrs, besonders jetzt in ihrer Blütenpracht wirkt, so enttäuscht ist man, wenn man die Wohnverhältnisse der dortigen Arbeiterfamilie kennen lernt. Unsere Mitglieder sind nun auch längst zur Einsicht gekommen, daß ihre Löhne nicht mehr in Einklang mit der fortwährenden Verteuerung der Lebensbedürfnisse stehen und daß genau so wie die fortwährende Vergrößerung sämtlicher Firmen, genau so die Verelendung der Arbeiter fortgeschritten ist.

Die Verwaltung der Zahlstelle Lahr reichte nun Anfangs April an die Firmen Lohnforderungen ein, in denen die Bezahlung der Feiertage, 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden und eine 10-prozentige Lohnerhöhung gefordert wurden. Die Firmen zeigten sich auch nicht abgeneigt in Verhandlungen mit der Lohnkommission einzutreten. Als diese nun stattfanden, war die Kommission nicht wenig erstaunt, die kolossale Fülle von Arbeiterfreundlichkeit, die sich im Munde der Lahrer Prinzipale birgt, kennen zu lernen. Sie versicherten, daß ihr Wohlwollen der Arbeiterfamilie gegenüber trotz der im vorigen Jahre vorgenommenen 11-wöchentlichen Auslieferung ohne Grenzen sei, jedoch die liebe Konkurrenz es nicht gestatte, die ohnehin schon horrenden Löhne (13,50 Mk. bis 15 Mk. wöchentlich für verheiratete Leute) noch um 10 pCt. zu erhöhen. Die Einsicht bei den Prinzipalen sei auch vorhanden, daß die Forderung der Feiertagsbezahlung zeitgemäß sei und sie wollten, wenn auch nicht in dem Maße wie verlangt, so doch darin ihr Entgegenkommen zeigen, daß sie denjenigen Arbeitern, die ein Jahr im Geschäft sind, jährlich 2 (-in Worten: zwei) Feiertage bezahlen würden. Aufschlag für Ueberstunden sei wohl nicht notwendig zu bezahlen, da doch durch Leistung derselben der Lohn sich ohnedies erhöhe. Gottvoll, die Ansicht dieser ebedenkenden Lahrer Unternehmer! Daß bei diesem gewaltigen Entgegenkommen die Verhandlungen scheitern mußten, war natürlich.

Die Lahrer Kollegenschaft wandte sich nun im Einverständnis mit dem Zentralvorstand an den Kollegen Albert Schmid in München, um ihn zu veranlassen, die Lohnbewegung nun in die Hand zu nehmen. Kollege Schmid sagte zu und nachdem in der Verwaltungssitzung am Freitag, den 3. Mai, die gegebene Situation klargelegt und der Angriffspunkt in seinen Einzelheiten festgelegt wurde, war es dem Kollegen Schmid klar, daß der Kampf nur mit den einzelnen Firmen durchgesetzt werden könnte. Sonnabend, den 4. Mai, wurde der Vorsitzende der Zahlstelle Kollege Adler und Kollege A. Schmid-München bei der größten Firma, Ernst Kaufmann, vorstellig. Konnte in 2-stündiger Verhandlung dem Chef auch beigebracht werden, die Feiertage alle dem gesamten Personal zu bezahlen und für die Ueberstunden 25 pCt. in Zukunft zu vergüten, so war das Zugeständnis in Bezug auf Lohnerhöhung derart minimal, daß es für die Kommission unannehmbar war und die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. In einer abends stattgefundenen, von der Lahrer Kollegenschaft ausgezeichnet besuchten Versammlung geisterte Kollege Schmid in scharfen Worten das prophanste Verhalten der Unternehmer gegenüber unseren minimalen Forderungen und fand mit seinen Ausführungen den ungeteiltsten Beifall der Anwesenden. Nachdem Kollege Schmid noch über den Verlauf der Verhandlung mit der Firma Kaufmann berichtet hatte, gab die Versammlung sich mit dem Zugeständnis nicht zufrieden und wurde beschloffen, am Montag, den 6. Mai, die Verhandlung mit der Firma wieder aufzunehmen und in einer mittags desselben Tages stattfindenden Geschäftssammlung über das Ergebnis Bericht zu erstatten. Adler und Schmid pflogen nun aufs neue Verhandlungen mit dem Ertrag, daß die Zugeständnisse bedeutend erweitert wurden; jedoch noch nicht als zufriedenstellend bezeichnet werden konnten. Nachdem die Versammlung nun bis 4 Uhr nachmittags getagt und sämtliche Maschinen still gestanden hatten, wurde unsere Kommission abermals vorstellig und entdeckte, daß der Sinn der Unternehmer sich sofort in anderer Richtung bewegt, wenn die ihnen das blanke Gold bringenden Maschinen ihre Tätigkeit einstellen; denn nach einstufiger Aussprache waren wir soweit, den Vertrag als für die Kollegen-

schaft nun zufriedenstellend in dreifacher Ausfertigung unterzeichnen zu können. Am Mittwoch Abend hatten alle bis auf eine Firma vertragsgemäß die Feiertagsbezahlung, 25 pCt. für Ueberstunden und eine 10-prozentige Lohnaufbesserung zugelangt. Da es nicht anging, dieser sich noch fräuben lernt die Firma wegen nach ein paar Tage in Lahr zu verweilen, reiste Kollege Schmid am Donnerstag Morgen nach Erlangen der für die Kollegenschaft noch notwendigen Instruktion ab.

Die Mitgliederzahl ist, wie dies ja bei jeder Lohnbewegung der Fall, ganz bedeutend gestiegen; mögen die jetzt unserem Verbanne sich neu angeschlossenen Kollegen und Kolleginnen sich nun nicht der Ruhe hingeben oder eventuell, wie es öfter vorkommt, wieder aus dem Verbanne austreten mit der Motivierung: Wir haben das ja nun, was wir wollten, wir brauchen nun nicht mehr den Verband! Nichts wäre verkehrter als dieses; fester denn je muß die Kollegenschaft jetzt zu unserer Fahne stehen, soll das jetzt durch die Organisation Errungen nicht wieder verlustig gehen. Das, was wir jetzt erreichen, darf nur die erste Etappe sein auf dem Wege, auch den Lahrer Kollegen einmal den Lohn zu verschaffen, der in anderen Orten kraft der Organisation bezahlt wird. Darum weiche und wankt keines. Vereint haben wir gesucht, vereint wollen wir auch in Zukunft zusammenstehen!

A. Sch.

Das Ende der Hamburger Tarifbewegung.

Am 30. März 1907 wurden von der Prinzipalkommission die Verhandlungen abgebrochen, weil wir in eine Streichung des § 9 der „Allgemeinen Bestimmungen“ nicht willigen wollten. Unsererseits wurde darauf am 2. April 1907 das Einigungsamt angerufen. In einer Vorbesprechung am 6. April erklärten die Prinzipale, kein Mandat zu haben, vor dem Gewerbegericht zu verhandeln, sondern sie müßten in dieser Sache erst die Stellungnahme der am 16. April stattfindenden kombinierten Versammlung des Bezirksvereins Hamburg vom Deutschen Buchdruckerverein; des Prinzipalvereins „Senefelder“ und der Hamburger Buchdruckerinnung abwarten.

Am 8. April fand im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Versammlung des Hilfs-personals statt, die von reichlich 1000 Kollegen und Kolleginnen besucht war, und beschloß dieselbe, die Stellungnahme der kombinierten Prinzipalversammlung abzuwarten, im übrigen der Lohnkommission ihr volles Vertrauen auszusprechen und dieselbe mit allen Vollmachten ausstattete, um die Bewegung zum Abschluß zu bringen.

Am 19. April, nachmittags 2 Uhr, tagten je 3 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter dem Vorsitz des Gerichtsvorsitzenden Rat Bohnen. Eine Einigung war nicht herbeizuführen und wurde darauf vom Vorsitzenden für Dienstag, den 23. April, morgens 9½ Uhr, Verhandlung vor vollbestemtem Einigungsamt angelegt. An der Sitzung nahmen teil: Amtsrichter Bohnen als Vorsitzender, Klempnermeister Guttnecht und Schornsteinfegermeister Schulz als Vertrauensmänner der Arbeitgeber, Maschinenmeister Hoch und Steinbrücker Müller als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer, Gerichtsschreiber Grünwald als Protokollführer. Als Vertreter der Arbeitgeber F. Wuff jun., H. Widmaier und Freitag; als Vertreter der Arbeitnehmer M. Nordmann, H. Lohse und A. Glarner. Der Vorsitzende erklärte bei Eintritt in die Verhandlung, daß die Hauptdifferenz bei den in Leipzig beschlossenen „Allgemeinen Bestimmungen“ liege. Die Prinzipale erklärten dieselben nach ihren Organisationsstatuten als jahungswidrig zustande gekommen und erkennen sie nicht an. Voraussetzung für das Inkrafttreten der „Allgemeinen Bestimmungen“ sei die Lohnregelung am Orte. Da aber bis jetzt keine Tarifgemeinschaft am Ort bestehe, sei es den Arbeitgebern nicht zu verdenken, wenn sie Bestimmungen, die sie nicht als gültig ansehen, nicht anerkennen. Darüber zu urteilen sei nicht Sache des Gerichts, das müßten die Herren mit der Disziplin ihrer Organisation gegenüber selbst vereinbaren.

Bunächst kommt § 9 zur Verhandlung. Nach zweistündiger, heftiger Diskussion zieht sich das Gericht zur Beratung zurück und macht folgenden einstimmig gefaßten Einigungsvorschlag:

Der § 9 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: „An Tiegeldruckpressen mit Fußbetrieb dürfen jugendlich männliche Hilfsarbeiter unter 16 Jahren nur dann beschäftigt werden, wenn die Tiegeldruckpressen höchstens eine Größe von Quartformat haben. Das Arbeiten der Hilfsarbeiterinnen an Maschinen mit Fußbetrieb ist überhaupt unzulässig.“

Die Arbeitgeber erklärten sich damit einverstanden, wünschten aber folgende Fassung des letzten Satzes des Vorschlages: „Das Arbeiten der Hilfsarbeiterinnen an Druckmaschinen mit Fußbetrieb ist nur zulässig, soweit keine Werkpressen in Frage kommen.“ Die Arbeitnehmer lehnten den Vorschlag ab, erklärten aber, damit einverstanden zu sein, wenn der § 9, wie er in Leipzig beschloffen, nach 2 Jahren in Kraft tritt.

Damit waren die Einigungsverhandlungen als gescheitert anzusehen. Dem Vorschlage des Rat Bohnen, zunächst alles andere, speziell die Löhne, zu erledigen, wird aber von beiden Seiten zugestimmt und kommt es alsdann nach recht ausgiebigen Debatten über die Bemessung der Löhne nach ca. neunstündiger Verhandlung zu dem in Nr. 9 der „Sol.“ veröffentlichten Abschluß.

Unsere Verammlung am 29. April und die der Prinzipale am 30. April akzeptierten die Einigung und am 13. Mai tritt der Tarif in Kraft.

Auf die Änderungen der „Allgemeinen Bestimmungen“ hier näher einzugehen, scheint nicht der richtige Platz zu sein und wird deshalb jetzt unterbleiben. Was den finanziellen Effekt des Abschlusses betrifft, darüber wird uns eine noch aufzunehmende Statistik Klarheit bringen müssen.

Im allgemeinen darf man aber sagen, daß mit diesem ersten Abschluß, wenn auch nicht Alles, so doch Vieles erreicht ist. Durch einen frühfröhlichen Kampf hätte wohl für einen Teil der Kollegen und Kolleginnen mehr herausgeschlagen werden können, ob das aber auf die Dauer aufrecht zu erhalten gewesen wäre, das steht auf einem andern Blatt. Dieser Abschluß und die jegige Stärke der Organisation bilden aber ein Fundament, auf dem sich ein Gebäude errichten läßt, in dem man sich einigermaßen wohllich einrichten kann. Es ist etwas geschaffen, das den jegigen Raubbau an der Schaffenskraft der einzelnen agitatorisch tätigen Kollegen und Kolleginnen unmöglich macht, dafür aber andere Gebiete eröffnet, die wohl schwerer zu bearbeiten sind, aber jetzt in Angriff genommen werden können, das ist vor allem die Schulung und gewerkschaftliche Bildung der Mitglieder. Wird hier richtig und systematisch eingeseht, dann sind in Zukunft bessere, vorteilhaftere Abschlüsse zu machen.

M. Nordmann.

Aus Breslau.

Während die Tarifberatungen anderer Städte schon bedeutend fortgeschritten und zum Teil auch schon zum Abschluß gebracht worden sind, deren Resultate uns durch die „Solidarität“ mitgeteilt wurden, so ist es wohl an der Zeit, daß auch Breslau in dieser Beziehung etwas von sich hören läßt, um die Kollegen und Kolleginnen allerorts über den Stand unserer Tarifberatungen in Kenntnis zu setzen; wenn dieselben mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind, so ist das gewiß nicht unsere Schuld. Wir haben rechtzeitig den Prinzipalen unser Anliegen unterbreitet. Am 11. Januar stellten wir den Antrag, unter Berücksichtigung der erhöhten Druckpreise, die Löhne um 10 pCt. zu erhöhen. Hierauf erhielten wir die Nachricht, daß eine Kommission, die sich mit den Vorarbeiten hierzu beschäftigen wird, gewählt worden ist.

Trotz wiederholter Anfragen unsererseits sind wir bis heute außer einigen nichtssagenden Briefen ohne jeden Bescheid geblieben. Dagegen sind, wie schon erwähnt, in anderen Städten, z. B. in Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., wo die Bewegung zu gleicher Zeit einsetzte; die Hilfsarbeiter mit ihren Arbeitgebern schon lange im Reinen. Nur in Breslau ist man seit vier Monaten aus den „Vorarbeiten“ noch nicht herausgekommen.

Es ist daher nur zu verständlich, wenn sich unter dem Buchdrucker-Hilfspersonal eine gewisse Unruhe bemerkbar macht, jedoch ein sogenannter Kleinrieg unmerklich geworden ist.

Nachdem wir einen hiesbezüglichen Artikel im Breslauer Parteiblatt veröffentlicht hatten, teilte

uns Herr Friedrich, der Vorsitzende der Prinzipal-Lohnkommission mit, daß dieselbe ihre Vorarbeiten erledigt hat und verspricht uns, daß gleich nach den Feiertagen die erste Beratung stattfinden kann. Daß in Breslau und namentlich in den Großbetrieben, wo tatsächlich Hungerlöhne gezahlt werden, eine Erhöhung bzw. Regelung der Löhne dringend notwendig ist, veröffentlichen wir zum Beweise Folgendes:

Durch die Neugestaltung des Betriebes im Breslauer General-Anzeiger, wodurch die Produktion eine raschere geworden ist, sind die dort beschäftigten Hilfsarbeiter, besonders die an den Notationsmaschinen, in ihrem Einkommen bedeutend geschmälert worden, und zwar durch Wegfall der Ueberstunden. Durch diesen Umstand fühlten sich die Notationsarbeiter veranlaßt, wegen Lohnaufbesserung vorstellig zu werden und sie erhielten auch eine solche — pro Stunde einen Pfennig, ganze 60 Pf. pro Woche mehr. Wer die aufreibende und mit Gefahren begleitete Tätigkeit der Notationsarbeiter kennt, wird darin mit uns übereinstimmen, daß diese Lohnaufbesserung geradezu als ein Lohn auf die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage bezeichnet werden muß. Es ist daher begreiflich, wenn sich die Hilfsarbeiter mit dieser Zulage nicht zufrieden gaben, und drei Pfennige pro Stunde beantragten. Dieser Antrag wurde von der Geschäftsleitung rundweg abgelehnt. Daraufhin legten am Sonnabend Abend, noch vor Fertigstellung der Sonntag-Morgens-Ausgabe ca. 30 Mann die Arbeit nieder, sodaß eine Weile und das Hauptkloß nur unter erschwerten Umständen unter Mitwirkung einiger „Anfortierter“ zur Welt gebracht wurde, um mit Behagen von leiber noch sehr vielen Arbeitern beim Morgenkaffee gelesen werden zu können. Wenn wir hier noch mitteilen, daß im Breslauer Generalanzeiger die Löhne der Notationsarbeiter sich zwischen 14 bis 19 Pf. pro Stunde bewegen, und daß unter Berücksichtigung des Buchdrucker-Tarifs auch der Preis der Inserate erhöht wurde, so kann man wohl mit Fug und Recht behaupten, daß es endlich an der Zeit ist, daß die dortigen Notationsarbeiter vom Gipfel der Heidenheit endlich herunterkommen, um sich in die Reihen der organisierten Buch- und Stein-drucker-Hilfsarbeiter einzufügen und in Gemeinschaft mit ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen. Die tausende von Arbeitern aber, die heute noch glauben, den Generalanzeiger als ein Blatt ansehen zu dürfen, das die Interessen der Arbeiter vertritt, mögen aus diesem Vorkommnis im Geschäftsbetrieb dieses „Arbeiterblattes“ die richtigen Folgerungen ziehen.

Am Montag früh versuchten die Ausständigen nochmals mit der Geschäftsleitung zu unterhandeln; leider vergebens. Dieser Zeitungs-großbetrieb, der tatsächlich auf Arbeitergroßchen aufgebaut ist, ließ die Ausständigen die Macht des Kapitals fühlen, indem sie kurzerhand entlassen wurden und an deren Stelle jetzt junge 16-jährige Burschen den gefährlichen Betrieb aufrecht erhalten.

Von den Buchdrucker-Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen sind noch 75 pCt., bei denen das Lesen des Breslauer General-Anzeigers zur Krankheit ausgeartet ist und die damit bewußt ein derartiges Gebaren unterstützen. A.

Korrespondenzen.

Hugsburg. Versammlung vom 27. April 1907. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wird ein Antrag des Ausschusses auf Einführung eines Lohntarifes von 5 Pf. pro Woche, wovon noch nicht ausgesteuerte Mitglieder bei Krankheits- oder Unfallsfällen unterstützt werden sollen, behandelt. Der bis jetzt entrichtete Extrabeitrag von 10 Pf. pro Monat für das Arbeitersekretariat würde hiermit wegfallen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Wenn uns vom Hauptvorstand die Genehmigung erteilt wird, tritt dieser Lohntarif ab 1. Juli in Kraft und kommt dann gleichzeitig die Einheitsmarke zur Einführung. Als Revisor wurde Kollege Jörg einstimmig gewählt. Unter Verschiedenem bestimmte der Vorsitzende 2 Kollegen von der Firma Ziel zur Ausarbeitung eines Tarifs und forderte auch die übrigen Kollegen von der genannten Firma auf, ganz energisch zu agieren, um auch einmal in dieser Firma menschenwürdige Lohnverhältnisse zu schaffen. Kollege Köhler brachte auch noch die Forderung des 1. Mai in Anregung und forderte die Anwesenden auf, die im Saalbau Herze

stattfindende Volksversammlung demontrativ zu besuchen, wo Frauilli Braun aus Berlin über die Bedeutung des 1. Mai spricht. Ein Ausflug nach dem Peterhof wurde beschlossen, der im Juni stattfinden soll. Es erfolgen hierauf 5 Aufnahmen; ausgeschlossen wurde Kollege Wang, der die Bürgerliche Kollegenchaft auf die gemeinliche Weise demütigte und unseren Verband beschimpfte. Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. W. B.

Breslau. Versammlung vom 23. April 1907. Nach Verlesung des Protokolls, welches angenommen wurde, erfolgte die Aufnahme von 5 Kollegen und 9 Kolleginnen. Die Neuaufnahme des früheren Kollegen Illmer wurde aus verschiedenen Gründen von der Versammlung abgelehnt. Kollege Abend hieß die neu gewonnenen Mitglieder willkommen und betonte, daß jeder bemüht sein müsse, die noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für den Verband zu gewinnen. Der Hauptpunkt unserer Versammlung: „Bericht der Lohnkommission“ fiel sehr mager aus, da sich die Prinzipal-Kommission bis heute noch in einem tiefsen Schweigen hüllt. Dem Wunsche der vorigen Versammlung sind die Kollegen Abend und Kiesel nachgekommen und haben eine Unterredung mit dem Obmann der Prinzipale Herrn Friedrich gehabt, welche aber kein bestimmtes Ergebnis hatte, sie wurden auf eine Antwort vertröstet; ebenso enthält die Antwort des Zentralvorstandes nichts bestimmtes; uns bleibt deshalb nichts anderes übrig als abzuwarten, zumal die Geschäftskonjunktur nicht die beste ist. Ein Antrag betreffs der Teilnahme an der Maifeier wurde abgelehnt. Kollege Scholz verlas sodann die Restanten, welche immer noch eine ganze Anzahl sind, von einem Ausschuß derselben wurde abgesehen, da sich mehrere Kollegen erboten, dieselben noch einmal persönlich aufzusuchen. Dem Wunsche mehrerer Kollegen zufolge, einen Maiausflug zu veranstalten, wurde beschlossen, daß ein solcher am 26. Mai und zwar über Schottwitz nach Glogschütz stattfindet. Nach Erledigung der örtlichen Angelegenheiten, welche eine geraume Zeit in Anspruch nahmen, verlas Kollege Kiesel den Kartellbericht, welcher sich in der Hauptsache mit dem Kauf des am 25. April zur Versteigerung kommenden jetzigen Gewerkschaftshauses beschäftigt, wozu die Summe von 25000 Mk. notwendig ist, dieselbe ist auch aufgebracht worden. Darauf Schluß der Versammlung. M. Sch.

Dresden. Mitgliederversammlung vom 7. Mai, welche in den Reichshallen stattfand. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Kunst im Dienste des Volkes!“ referierte Genosse Menke. Redner machte es sich zu besonderer Aufgabe, den Anwesenden in leicht verständlicher Weise vor Augen zu führen, wie notwendig und zweckmäßig es für die Arbeiterchaft ist, das Verhältnis zu wirklich gute Kunst und Literatur zu haben. Das, was sich die herrschende Gesellschaft durch schlechte Schulbildung usw. an uns veründigt habe, müsse die Arbeiterchaft durch rege Anteilnahme an allen zur Hebung des Verständnisses für Kunst weit zu machen versuchen. Um aber Zeit und Mittel zur Verfügung zu haben, ist von allen Dingen notwendig, sich der Organisation anzuschließen, um durch ein festes und geschlossenes Band besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit herbeiführen zu können. Gerade die gewerkschaftlichen Organisationen hätten es sich zur besonderen Aufgabe gemacht, diese erstrebenswerten Ziele herbeizuführen. Aber vor allen sei auch notwendig, die oft sehr zweifelhafte Literatur, sogenannte Schundromane, aus den Arbeiterheimen zu entfernen, um diese durch eine zweckentsprechende und geistbildende zu ersetzen. Reicher Beifall wurde dem Redner zuteil. Nunmehr fragt der Kollege Wettengel an, wie es mit der diesjährigen Frühjahrsparthei steht, er wird vom Kollegen Herrmann dahin berichtet, daß infolge der angehäuften Arbeit die Verwaltung noch nicht zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen konnte, was aber in aller nächster Zeit schleunigst nachgeholt werden wird. Auf Antrag der Verwaltung werden nachfolgende Mitglieder der Versammlung zum Ausschluß unterbreitet: Emil Korb, Hilfsarbeiter bei Stengel & Co., welcher beim Streik stehen geblieben war. Gertrud Buhle, Buchdruckeranlegerin, die während des Streiks bei M. & H. Jocher angefangen und heute noch dort arbeitet. Anna Donath, Hulba Hartstein und Frieda Lange, sämtlich Buchdruckeranlegerinnen, die mit ausständig waren und trotz Verhängung der Sperre bei Balthar und M. & H. Jocher angefangen haben. Sämtliche wurden auf Grund des § 5 Absatz b des Verbandsstatuts einstimmig ausgeschlossen. Unter Hinweis auf die in nächster Zeit stattfindende Versammlung und der Aufforderung, dieselbe recht zahlreich zu besuchen, fand Schluß der gutbesuchten Versammlung statt. W. S.

Hannover. Mitgliederversammlung am 7. Mai. Nachdem das Protokoll verlesen und angenommen war, gab Kollege Sparfuß den Mitgliedern bekannt,

daß an die Prinzipale ein Schreiben gefandt wurde, worin ihnen mitgeteilt wird, daß wir neue Lohnverhandlungen anstellen und dann Nachricht geben, wann die weiteren Verhandlungen stattfinden sollen. Dann erteilte Kollege Sparfuß dem Referenten Schräber das Wort, welcher in 1½-stündiger Rede das Thema über die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung, deren Ausnutzung und Weiterausbau behandelte. Redner teilte das Thema in drei Punkte und zwar in Krankenversicherung, Unfallversicherung und Invalidenversicherung. In allen drei Punkten war der Referent seiner ziemlich schwierigen Aufgabe gewachsen und führt den Mitgliedern in sehr verständlicher Weise die Vorzüge und Mängel der einzelnen Versicherungen vor Augen. Für den interessanten und gut gehaltenen Vortrag sprach Kollege Sparfuß im Namen der Mitglieder dem Referenten seinen Dank aus. Hierauf gab der Kassierer, Kollege Blumhoff, die Abrechnung vom 1. Quartal, wonach ein Kassenbestand von 150,73 Mk. zu verzeichnen ist. Kollege Wiegand befragte die Richtigkeit der Abrechnung und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen, was angenommen wurde. Für die Vorbereitungen zum Sommerfest wurde eine Vergnügungskommission gewählt. Unter Verschiedenem verlas Kollege Sparfuß ein Rundschreiben vom Hauptvorstand, die Tarifbewegung und gewerkschaftlichen Unterrichtskurse betreffend. Dies wird dem Vorstand zur Regelung überwiehen. Sparfuß gibt noch bekannt, daß der Arbeitsnachweis von jetzt ab nur abends von 6½-7½ Uhr geöffnet ist, und bittet die Unterfasser um schleunige Ublieferung der ausgegebenen Fragebogen des Gewerkschaftskartells. Hierauf Schluß der gutbesuchten Versammlung um 11 Uhr. G. B.

Karlsruhe. Versammlung vom 21. April 1907. Zunächst teilte Kollege Koser mit, daß bei der Druckerei Badenia ein Kollege entlassen worden sei, angeblich wegen Arbeitsmangel, was aber nicht zutreffen kann, da betr. Firma in letzter Zeit mehrere Arbeiterinnen eingestellt habe. Da die Firma gedroht hat, in nächster Zeit weitere Entlassungen vorzunehmen, so habe man alle Ursache, die Augen offen zu halten, um Unzulänglichkeiten vorzubeugen. In der darauffolgenden Diskussion wurde das Verhalten der Druckerei Badenia allgemein verurteilt, da man die Entlassung als eine indirekte Umgehung des Tarifs betrachten könne. Der Vorsitzende bemerkte ferner, daß wir von weiteren Schritten Abstand genommen hätten, da der betr. Kollege schon eubereitwillig untergebracht sei. Den Kartellbericht erstattete Kollege Siegel, sodann gab er Kenntnis von der Absicht der allgemeinen Ortskrankenkasse, aus dem Krankentassenverbande auszutreten. Redner führt die Gründe an, welche den Austritt rechtfertigen. Auch die nachfolgenden Redner befürworteten den Austritt aus dem Verband. Neuaufnahmen waren fünf zu verzeichnen. Zur Ergänzung des Ausschusses wurden sämtliche Vorge schlagen einstimmig gewählt. Die Verwaltung setzt sich nunmehr aus folgenden Mitgliedern zusammen: Kollege Siegel erster, Kollege Karl Streicher zweiter Vorsitzender; Kollege Laible Kassierer; Kollegin Stiefel erster, Kollege Biele zweiter Schriftführer; Revisoren: Krieger und Müller; Beisitzer: Hüber und Hoffmann; Kartellbelegierte: Dornauf, Hüber und Siegel. Hierauf schloß Kollege Koser die schön verlaufene Versammlung. B.

Kaufbeuren. In der am 27. April stattgefundenen Monatsversammlung referierte Kollege A. Schmid-München über die Tarifbewegung. Redner führte die einzelnen Bilder in den Streikorten vor und war hieraus zu ersehen, daß eine stramme, geschlossene Organisation doch sehr viel für ihre Mitglieder erringen kann. Reicher Beifall ward dem Redner für das vorzügliche Referat zuteil. Durch die Abreise unseres Vorsitzenden, des Steinbrücker Leubuscher, und die in einigen Tagen erfolgende Abreise unserer sehr bewährten zweiten Vorsitzenden, Kollegin Gili Röser, mußte eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Kollege Schmid, der Kartellvorsitzende und einige Steinbrücker führten aus, daß es besser wäre, wenn aus den Reihen der Mitglieder ein erster Vorsitzender gewählt würde, was dann auch die Versammlung gutieß. Gewählt wurde Kollege Burger als erster und Kollegin Rösch als zweite Vorsitzende. Nach einigen lokalen Angelegenheiten war Schluß der Versammlung und blieben die Mitglieder noch einige Stunden in schönster Harmonie zusammen. A.

Plauen i. B. Mit Freuden können wir heute konstatieren, daß nunmehr ebenfalls der Verband der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in unserem Orte festen Fuß gefaßt hat. Durch die seitens des Gewerkschaftskartells gegebene Anregung und durch die Unterstützung mehrerer Buchdrucker-Gebilden fand am 9. April eine öffentliche Versammlung statt, die von etwa der Hälfte der hier beschäftigten Kollegen und Kolleginnen besucht war. Der Gauleiter Kollege Schulte aus Leipzig war hierzu erschienen und re-

ferierte über den Zweck und Nutzen der Organisation und über „Was lernen wir aus den Tarifverträgen?“ In recht klarer Weise legte der Redner den Anwesenden die Bedeutung obigen Themas vor Augen und schloß folgerichtig, daß nur durch eine starke, geeinte Organisation die Arbeiterschaft ihre missliche Lage verbessern kann. So führte er verständig den Buchdruckerverband und die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe vorbildlich an. Gerade in unserem Orte Klauen, wo die teuersten Verhältnisse in wirtschaftlicher Beziehung bestehen, bedürfte es notwendig einer Besserstellung, vor allem der verheirateten Kollegen, denn mit den gezahlten Löhnen könne doch unmöglich ein Familienvater ein halbwegs anständiges Dasein fristen. Nach diesen trefflichen Ausführungen traten auch die anwesenden Kollegen, etwa 15 an der Zahl, dem Verbandsbeirat und der Vorsitzende des Maschinenmeisterklubs, Herr Krause, war denn auch in dankenswerter Weise bereit, vorläufig die geschäftlichen Arbeiten zu erledigen. — Eine am 26. April abgehaltene Versammlung wurde von Herrn Krause einberufen und geleitet. Nachdem einige geschäftliche Angelegenheiten Erledigung gefunden hatten, begrüßte er die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch allezeit der Organisation gegenüber ein recht reges Interesse an den Tag treten möge. In dieser Versammlung waren 2 Neuaufnahmen zu verzeichnen, weiter wurden verschiedene Fragen organisatorischer Natur besprochen. Vor der Gründung eines Ortsvereins wurde Abstand genommen, dagegen soll die Vereinigung als Einzel-Mitgliedschaft mit einem Vertrauensmann an der Spitze bestehen. Zu diesem Amt wurde Kollege Not gewählt, der sich mit einem warmen Appell an die Anwesenden wandte, ihm auch volles Vertrauen zu schenken und ihm das Amt durch Mitarbeit zu erleichtern. Hierauf Schluß der Versammlung.

Stettin. Bericht von der Generalversammlung vom 17. März. Das Protokoll wurde verlesen und genehmigt. Kollege Gronte verlas den Kassenbericht und wurde dem Kassierer Dedarge erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Kollege Mummert erster, Kollege Stichert zweiter Vorsitzender; Kollege Gronte Kassierer; Kollege Böhler erster, Kollegin E. Eichmann zweite Schriftführerin; Revisoren: Kollege Schirmer und Kollege Fied, als Stellvertreter Kollege E. Brückner. Der Vorsitzende machte bekannt, daß am 24. und 26. März Drucker-Versammlungen stattfinden sollten und forderte dieselbe auf, fleißig unter den uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen zu agitieren. Unter Verschiedenem wurden noch einige Sachen debattiert, sodann Schluß der Versammlung. — In der Versammlung am 21. April hatten sich zwei neue Mitglieder gemeldet. Kollege Gronte verlas hierauf die Abrechnung vom ersten Quartal, welche von den Revisoren bestätigt wurde. Dem Kassierer wurde Dedarge erteilt. Einer in Rat geratenen verheirateten Kollegin wurden als einmalige Unterstützung 10 Mk. bewilligt, ferner wurde einer Kollegin eine Woche länger Krankunterstützung aus der Lokalkasse bewilligt. Sodann Schluß der Versammlung. E. S.

Rundschau.

Der Deutsche Geneseferbund (Verband der Lithographen, Stein drucker und verwandte Berufe) hielt vom 1. bis 5. April d. J. in Hannover seine Generalversammlung ab. Bekanntlich hatte der lediglich Unterstützungszwecke verfolgende Deutsche Geneseferbund sich mit dem Verband der Lithographen und Stein drucker verschmolzen und zwar unter der Voraussetzung, daß alle Mitglieder des ersteren an den Gewerkschaftszwecken des letzteren teilnehmen. Hierzu hielt sich eine Anzahl Mitglieder des ehemaligen Geneseferbundes nicht für verpflichtet, sie gründeten einen Rechtsschutzverein und suchten auf dem Klagewege das Recht, Beiträge für gewerkschaftliche Zwecke nicht zahlen zu brauchen, zugesprochen zu erhalten. Das Landgericht in erster Instanz entschied zugunsten der Kläger. Das Urteil stellte fest: Der Geneseferbund ist und bleibt eine Unterstützungsorganisation; die Ausdehnung seiner Zwecke auf Gewerkschaftsaufgaben ist unzulässig, sobald ein Teil der Mitglieder nicht damit einverstanden ist, und niemand ist verpflichtet, für Gewerkschaftszwecke einen Beitrag zu leisten, auch darf das für Unterstützungen bestimmte Bundesvermögen nicht für Gewerkschaftszwecke Verwendung finden.

Das Urteil fand die Bestätigung des Oberlandesgerichts. Das letztere ließ zwar die Gewerkschaftskasse des Bundes bestehen, anerkannte auch bis zu einem gewissen Maße eine Beitragspflicht zu letzterer, aber schränkte ihre Aufgaben in einer Weise ein, die mit der Durchführung von Lohnkämpfen unvereinbar war.

Die gegen dieses Urteil vom Geneseferbund beim Reichsgericht eingelegte Berufung wurde kostenpflichtig abgewiesen. Die dadurch geschaffene Situation beherrschte naturgemäß das Hauptinteresse der Generalversammlung.

Dieselbe war von 59 Delegierten besucht, auch waren sämtliche graphische Organisationen vertreten. Von unserer Seite waren erschienen die Verbandsvorsitzende Kollegin Thiede, sowie die Kollegen Luft und Bucher als Mitglieder der während der vorjährigen Ausperrung im Stein druckgewerbe eingesetzten Streikkommission.

Aus dem von Sillier erstatteten Rechenschaftsbericht ergab sich, daß die Mitgliederzahl von 9000 auf 16 000 gestiegen ist. Während der letzten beiden Jahre waren 39 Streiks, darunter 2 Abwehrstreiks, durchzuführen. An Arbeitszeiterfüllung wurden für 4083 Kollegen pro Woche 12 869 Stunden erzielt. Lohnzulagen wurden erreicht für 3520 Kollegen 5104 Mk. pro Woche, Feiertagsbezahlung erreichten 1606 Kollegen.

Den Kassenbericht erstattete hierauf der Hauptkassierer Brall-Berlin. Aus der Gesamtübersicht über die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 31. Dezember 1906 sei hervorgehoben: Die Gewerkschaftskasse erhielt an Beiträgen 533 329 Mk., sie zahlte 126 196 Mk. Arbeitslohnunterstützung, 23 353 Mk. Umzugskosten, 15 828 Mk. Maßregelungsunterstützung, 47 029 Mk. für Rechtsschutz. Die Einnahmen und Ausgaben dieser Kasse balancieren mit 546 152 Mk. Die Krankenunterstützungen und Sterbefälle verzeichnete 358 860 Mk. Beiträge. Sie zahlte für Krankenunterstützung 296 739 Mk. und 13 950 Mk. Sterbegeld. Die Invaliden- und Witwenkasse erhielt 254 949 Mk. Beiträge und zahlte für Invalidenunterstützung 100 433,50 Mk. und für Witwenunterstützung 40 850 Mk. Aus der Uebersicht über die zur Unterstützung der Ausperrten bis 12. Januar 1907 eingegangenen Gelder (Streik-Extrasteuer, Sammellisten usw.) entnehmen wir, daß aus Deutschlands insgesamt 284 068 Mk. eingingen, aus England 7354 Mk., aus Oesterreich 11 279 Mk. und aus der Schweiz 3633 Mk. Insgesamt zahlte das Ausland 23 962 Mk. Die Abrechnung über die Ausperrungen im Juni-August 1906 schließt mit 1 060 276 Mk. ab. Von Kasse I (Gewerkschaftskasse) wurden 75 000 Mk. Zuschuß geleistet, von den Gewerkschaften durch die Generalkommission gingen 144 000 Mk. ein, durch Streiksteuerbeiträge der Kollegen 220 427 Mk.

Die Vertreter unseres Verbandes erwarteten eine gründliche Aussprache über die vorjährige Ausperrungsbewegung, durch die ja das Stein druckereihilfspersonal sehr in Mitleidenschaft gezogen wurde und hatten die Absicht, auf dieser Generalversammlung dahin zu wirken, daß für die Zukunft Normen geschaffen werden, welche ein einseitiges Zusammenwirken beider Verbände bei kommenden Bewegungen garantieren. Leider sollten sie sich in ihren Erwartungen gründlich täuschen. War die Besprechung der Ausperrung und ihrer Lehren auch eine eingehende, so kam dies von der mit ihr zusammenhängenden Hilfsarbeiterfrage nicht gesagt werden. Als diese Oberflächlichkeit nun von unserer Seite durchbrochen werden sollte, wurde die Diskussion über den Punkt „Tarif und Lohnbewegungen“ geschlossen und durch Mehrheitsbeschluß den beiden Kollegen Luft und Bucher das Wort abgetrennt. Daß diese recht sonderbare und anderwärts nicht geübte Praxis nicht etwa von Zeitmangel diktiert war, bewies eine hinterher eingetretene Pause von über einer halben Stunde, weil kein Beratungsmaterial vorhanden war. Also können wir mit Freigut und Recht erklären, daß die Generalversammlung einer Aussprache mit uns ab-

sichtlich aus dem Wege ging. Es ist daraus zu ersehen, daß manches Vorkommnis während der Ausperrung, welches gelegentlich von uns verurteilt wurde, namentlich die geistliche Nachschaltung unserer Vertreter bei wichtigen Beschläüssen, nicht wie verschiedentlich behauptet durch die damaligen Umstände bedingt, sondern es lag das Bestreben vor, die Hilfsarbeiter von der Mitleitung der Bewegung fernzuhalten. Das „gafffreundliche“ Benehmen der Generalversammlungsmehrheit hat uns dies bewiesen. Der Hilfsarbeiterverband wird trotzdem nach wie vor seine Solidaritätspflichten üben, wenn verwandte Berufe im Kampfe stehen — aber er wird sich seine Mitbestimmungsrechte unter allen Umständen besser zu wahren wissen, wie im Jahre 1906.

Die eingangs erwähnten Aufgaben hat die Generalversammlung dahingehend gelöst, daß sie eine Trennung der Gewerkschafts- von der Unterstützungs-kasse vornahm. Die neue Organisation führt den Titel: Verband der Lithographen, Stein drucker und verwandte Berufe (Deutscher Geneseferbund). Wir hoffen und wünschen mit den Mitgliedern dieser Organisation, daß die neue Form ein Schutzwall sei gegen die Maßnahmen solcher Gewerkschaftsschädlinge, wie sie sich im Reichshilfsverein zusammengelunden haben, aber auch um sich in künftigen Kämpfen mit dem Unternehmertum messen zu können.

Ein „fruchtbarer“ Kämpfer für Religion, Ordnung und „Sittlichkeit“! In einer Porzellanarbeiter-Versammlung in Meuselwitz wurde aus Gräfenhain über geradezu ungläubliche Verhältnisse berichtet. In dem Versammlungsbericht in der „Altenburger Volkszeitung“ heißt es: Der Unternehmer Schneider hat es seit Jahrzehnten verstanden, die Arbeiterinnen in der unerhörtesten und schamlosesten Weise auszunutzen. Gerichtlich ist festgestellt, daß er mit 62 geschlechtlich verkehrt hat! Resultat: 50 Kinder. Eltern und ältere Schweigern haben ihre jüngeren Töchter bzw. Schweigern direkt mit dem Unternehmer verknüpft. Wenn ein Mädchen heiratete, bekam es 600 Mk., wenn es aber keinen Mann bekommen konnte, zahlte Schneider ihnen 1200 Mk. Er wahr im wahren Sinne des Wortes der Vater seiner Arbeiter. („Vorwärts“.)

Literatur.

Sozialistische Literatur, zwei Vorträge von Paul Lench, ist der Titel der neuesten Broschüre, die jedoch in Verlage der Leipziger Volkszeitung erschienen ist. Die Broschüre enthält keineswegs etwa eine trockene Aufzählung von Namen und Büchertiteln, sondern sie stellt in ihrem kurzen Rahmen ein Stück Parteigeschichte dar: das Herauswachsen des theoretischen Sozialismus aus der bürgerlichen Philosophie auf der einen Seite und das des praktischen Sozialismus aus der bürgerlichen Politik auf der anderen Seite. An der Hand dieser historischen Entwicklung gibt dann Dr. Lench die einschlägige Parteiliteratur an, deren Studium für das Verständnis der sozialistischen Weltanschauung und des sozialdemokratischen Klassenkampfes notwendig ist. Die Broschüre kostet 15 Pf.

Briefkasten.

Magdeburg. Brief nicht verwendbar. Erbitte eine schriftliche Abschrift des Lohntarifes. — **K. Sch. Wien:** Zeitungen am 13. erhalten. Gratuliere zum Wahlsieg. — **Grub.** **Leipzig.** Wegen Raumangel mußte der Bericht zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

Verband der Buch- und Stein druckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 25. Mai 1907, abends 1/9 Uhr:

Öffentliche Bezirks-Versammlung im Saale des „Goldenen Löwen“ in Stötteritz.

Tagesordnung:

1. Vortrag über „Die Macht des Aberglaubens“.
2. Diskussion.
3. Verbandsangelegenheiten.

Von den in Stötteritz und Umgebung wohnenden Berufskollegen und Kolleginnen, organisierte oder unorganisierte, erwarten wir allseitigen Besuch.

Die Leipziger treffen sich bis 8 Uhr im „Pantheon“ zum Auszug nach Stötteritz. Kontrollkarten kommen auch hierbei zur Abstempelung. — Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.